

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witgenstr. 16.)
bei C. F. Alric & Co.
Breitstraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei I. Streiland,
in Breslau bei Emil Kabath.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei C. F. Alric & Co., —
Hanselstein & Vogler, —
Rudolph Wolff.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidentenkau“.

N. 848.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 3. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Kellern verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875.

Amthches.

Berlin, 2. Dezember. Der König hat dem Generalarzt Dr. Schubert, Subdirektor des medizinisch-chirurgischen Friedrich-Wilhelms-Instituts, den R. A. D. 3. Kl. mit der Schleife und Schwertern am Ringe; dem Justizrath und Ober-Amtsrichter Wyneken zu Lützenburg den R. A. D. 3. Kl. mit der Schleife; dem Oberförster Sauts zu Eslatschen, im Kreise Darkehmen, den tal. Kroaten-Orden 3. Kl. dem Kommerzien-Rath Samuel Jaffé zu Posen den t. Kronen-Orden 4. Kl. verliehen.

Deutscher Reichstag.**18. Sitzung.**

Berlin, 2. Dezember, 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Delbrück, Stephan u. A. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. Wiggers: „welche Schritte gedenkt die Reichsregierung zu thun, um die Bestimmungen in Art. 4 Nr. 8 und 9 der Reichsverfassung, wonach die Herstellung von Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs, der Flößerei- und Schiffsahrtbetrieb auf den mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letzteren, sowie die Flöß- und sonstigen Wasserwerke der Beaufsichtigung Seitens des Reichs und der Gesetzgebung desselben unterliegen, praktisch wirksam zu machen.“

Abg. Wiggers: Der Art. 4 der Reichsverfassung bestimmt als der Beaufsichtigung des Reichs und der Gesetzgebung desselben unterliegend, auch die Herstellung von Land- und Wasserstraßen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs. Diese Verfassungsbestimmung ist bisher ein toter Buchstabe geblieben. Als die Eisenbahnen erfunden wurden, hielt man zuerst die Kanäle für einen überwundenen Standpunkt; man glaubte, sie seien durch die Eisenbahnen völlig überflüssig gemacht worden. Der Zentralverein zur Förderung der deutschen Flöß- und Kanalschifffahrt hat sich das Verdienst erworben, das Interesse für die Kanäle aufs Neue zu beleben und die Ueberzeugung wieder zu erwecken, daß Deutschland eines großen Kanalnetzes nicht entbehren könne. Gerade Deutschland sei durch die Lage und Richtung seiner Hauptströme zur Ausbildung eines solchen Kanalnetzes vorzüglich geeignet. Wir können einen Kanal von Berlin nach dem Rheine bauen, indem wir die Elbe, Weiser und den Rhein durch eine Wasserstraße mit einander verbinden. Wir haben bereits eine Wasserstraße, die durch den Finow-Kanal nach der Nege hinget und vermittelt des bromberger Kanals mit der Weiser in Verbindung steht. Wir können also, wenn ferner der projektirte Kanal von Rhein bis zur Maas gleichfalls ausgeführt ist, eine Wasserstraße herstellen, welche uns mit dem belgischen, holländischen und französischen Wasserstraßennetz und durch den bromberger Kanal mit dem großen russischen Wasserstraßennetz in Verbindung setzt. Wenn wir außerdem den Elbe-Spreeweg und den Havel-Kanal ausführen, so erhalten wir eine Wasserstraße, die von Nord nach Süd, von der Ostsee über Berlin bis nach Dresden führt. Nun ist bekanntlich in Deisterreich erstlich der Donau-Donerkanal projektirt und durch ihn würde alsdann Wien mit Berlin und Stettin, und so die Ostsee mit dem Schwarzen Meere durch eine Wasserstraße verbunden sein. Für den Elbe-Spreeweg und Havel-Kanal sind bereits Vorarbeiten gemacht worden und ebenso sind von dem Baurath Michaelis und dem Wasserbauinspektor Seß sehr werthvolle Vorarbeiten vorangetrieben für die Verbindung des Rheines mit der Weiser und der Elbe. Die Kosten dieses letzteren Kanals wurden vor einigen Jahren pro Meile auf 350,000 Thlr. veranschlagt; da aber inzwischen Materialien und Arbeitslöhne im Preise gestiegen sind, würden sich die Baukosten gegenwärtig wohl auf 400,000 Thlr. pro Meile belaufen. Man hat eingewendet, mit denselben Mitteln könne man ja fast eine Eisenbahn bauen, verfährt aber dabei, daß die Transportkosten auf dem Kanal ungleich billiger sind, als auf der Bahn, zumal seit die Fortbewegung der Kanalfahrzeuge durch Dampf an der Kette oder am Tau allgemeine Anwendung findet. Einen wie segensreichen Einfluß aber würde die Herstellung dieses Kanalnetzes auf den Nationalwohlstand des Landes ausüben, wenn wir aus unseren großen Kohlenbecken am Rhein und in Westfalen und Schlesien die Kohle für einen halben Pfennig pro Zentner und Meile nach Berlin und zum Export nach den Seehäfen schaffen könnten. Unsere Produktion kann sich nimmermehr gedeihlich entwickeln, wenn wir nicht unser Kanalnetz in höherem Maße ausbilden, als das bisher geschehen ist. Wir haben bereits im Jahre 1872 und 73 gesehen, daß die Eisenbahnen allein nicht im Stande sind, den Verkehr zu bewältigen. Ich habe mich gewundert, daß die großen Eisenindustriellen sich um einen Schutzwall bemühen, anstatt ihr Hauptaugenmerk auf die Erweiterung des Kanalnetzes zu richten. Denn diese würde ihnen thatfächlich einen viel besseren Schutz gewähren als die Expalle eines Schutzwall; und jener erstere Schutz würde in gleichem Maße wie den Industriellen auch den Konsumenten zu Gute kommen. Wenn wir in dem Ausbau unseres Kanalnetzes wie bisher nichts thun, so kann unsere Industrie gegenüber dem Auslande auf die Länge ganz sicher nicht konkurrenzfähig bleiben, denn unsere Hauptkonkurrenten, Frankreich, Belgien, Nordamerika haben für ihre Industrie ein wohlentwickeltes Kanalnetz. Sie können daher billiger produziren als wir, indem sie ihre Rohprodukte nach den Zentren der Produktion billiger befördern und zugleich den Arbeitern einen billigeren Lebensbedarf schaffen. Nach einem Bericht der französischen Enquete-Kommission für Eisenbahn- und Verkehrswege hatte Frankreich im Jahre 1872 668 pro-ugische Meilen an Kanälen, England 608, Belgien 207, Preußen 71 Meilen. (Hört.) Jedes der drei Länder hat pro Quadratmeile fast zehnmal so viel Kanäle als Preußen und das Reich. Und obwohl hat die Enquete-Kommission es für notwendig erachtet, für die Verbesserung und Vervollständigung des französischen Schiffahrts-Systems einen Betrag von 646,000,000 Mark zu beantragen, wovon 348,000,000 M. für die nächsten 8 Jahre verwendet werden sollen und zwar 282,000,000 allein für die Vermeerung der Kanäle. So verfährt man in Frankreich nach einem beispiellos unglücklichen Kriege; was haben wir mit unserem Milliardenheer für Kanalbauten gethan? Ohne sein Kanalnetz hätte Frankreich nimmermehr Paris mit 2 Millionen Einwohnern auf 5 Monate verproviantiren können, während es uns und unsern großen Strategen Moltke in jenem Kriege gewiß sehr erwünscht gewesen wäre, wenn wir eine Wasserstraße von Berlin nach dem Rheine gehabt hätten. Um die Interessen der Flöß- und Kanalschifffahrt hinlänglich zu wahren, muß eine Reichsbehörde auf Grund der Kompetenz, die dem Reich nach der Verfassung zusteht, thätig und wirksam sein. Es ist keineswegs notwendig, daß dies eine erst neu zu schaffende Behörde sei; ich bin durchaus dafür, diese Aufgabe dem bereits bestehenden Reichseisenbahnamt zu übertragen und seine Kompetenz dem entsprechend zu erweitern.

Der Frage, ob die Kanäle auf Kosten des Reichs, der Einzelstaaten oder Privatgesellschaften herzustellen seien, will ich in keiner Weise vor- greifen; es bestehen ja gleichzeitig nebeneinander diese verschiedenen Systeme in Bezug auf unsere Eisenbahnen, für welche wir eine der- artige Zentralbehörde bereits haben. Die Aufgaben, die ihr zufallen würden, sind höchst wichtiger und dringender Natur. Der Zentral- verein zur Förderung der Kanalschifffahrt hat an die Reichsbehörden eine Anfrage in Bezug auf die so wünschenswerthe Feststellung der Minimaldimensionen der Kanäle in Deutschland gerichtet, eine Antwort hierauf ist ihr leider bis jetzt noch nicht zu Theil geworden. Es ist offenbar, daß die Verschiedenheit dieser Dimensionen für die Herstellung eines umfassenden Kanalnetzes von nachtheiliger Wirkung sein muß. Nicht minder wichtig ist die Herstellung eines Frachtrechts und einer Kanalschiffahrtsordnung. Das Reichseisenbahnamt ist nun deshalb die geeignetste Behörde für diese Aufgaben, weil Kanäle und Eisenbahnen ebenso wie die Post und Telegraphie naturgemäß zusammengehören. Beide machen einander nicht etwa eine schädliche Konkurrenz, sondern ergänzen sich. Das beweist am besten die Thatfache, daß die Eisenbahnen vorzugsweise längs den Strömen und Flüssen angelegt werden. Auf Flüssen werden eben die Rohmaterialien fortbewegt und die fertig gestellten Waaren gehen auf den Eisenbahnen wieder zurück. Ich habe somit dargelegt, daß das Interesse Deutschlands auf das Dringendste einer Fürsorge von Seiten des Reiches bedarf, und ich hoffe daher, von Seiten des Reichskanzleramtes eine entgegenkommende Erwiderung zu erhalten.

Präsident Delbrück: Der Interpellant begann mit der Aeußerung, daß die von ihm bezeichnete Bestimmung der Reichsverfassung bisher ein toter Buchstabe geblieben sei. Dem muß ich durchaus widersprechen. Es ist zunächst durch ein Reichsgesetz das Verhältniß der Flößerei-Abgaben geregelt worden. Sodann ist auf Antrag von Handelsplätzen, die sich über den Zustand der Elbe, namentlich auf der preußischen und anhaltischen Elbstrecke beschwerten, eine Reichskommission zur Untersuchung dieser Stromstrecke entsandt worden. Diese hat stattgefunden und zu Ergebnissen geführt, die nur deshalb augenblicklich sich noch nicht bemerkbar machen, weil bekanntlich derartige Wasserbauten nicht nur sehr lange Vorbereitungen, sondern auch eine längere Zeit erfordern, bis ihre guten Folgen sichtbar werden. Es ist ferner eine Reichskommission mit der Untersuchung des Fahrwassers der Weiser unterhalb Beseled befugt worden. Diese hat bereits ihren Bericht erstattet und wird die Ausführung der nöthigen Maßregeln gegenwärtig im Bundesrathe vorbereitet. Dies sind die Schritte, die bisher auf Grund der bezeichneten Verfassungsbestimmung geschehen sind. In keinem Falle aber haben die verbündeten Regierungen diese Bestimmungen in der Ausdehnung aufgefaßt, daß dadurch dem Reich die Aufgabe zugefallen sei, in Deutschland ein Kanalnetz herzustellen; es wäre auch höchst bedenklich, dem Reich eine solche Aufgabe zu vindizieren. Das schließt allerdings keineswegs aus, daß das Reich den Interessen der Kanalschifffahrt, die im Bundesrathe ihre volle Würdigung finden, sein Interesse zuwendet. Auf die von dem Zentralverein zur Förderung der Kanalschifffahrt an den Bundes- rath gerichtete Frage wegen der Minimaldimensionen hat der Bundes- rath im vorigen Jahre beschloffen, die Regierungen zu ersuchen, sich über gewisse Fragen zu äußern, deren Kenntniß zur Prüfung der Sachlage notwendig erschien. Diese Frage betreffen die Kosten und die Zeit der Herstellung der bestehenden Kanäle, die Höhe der Kanal- abgaben und die jährlichen Durchschnittseinnahmen, endlich die Frage, ob es sich empfehle, für den durchgehenden Verkehr völlig einheitliche Kanaldimensionen festzustellen, und welche Dimension als die zweck- mäßigste erscheine. Auf diese Fragen ist von der Mehrzahl der Bun- desregierungen bereits geantwortet worden. Es stehen nur noch wenige Antworten zurück, und wenn das gesammte Material vorliegt, wird der Bundesrath in der Sache weiter vorgehen und heftigste Beschlüsse fassen. Auf die Einzelmaßregeln, die der Interpellant zum Vorschlag brachte, bin ich nicht im Stande einzugehen. Hierzu gehört auch die Frage der Errichtung einer besonderen Reichsbehörde, oder der Ueberweisung der betreffenden Aufgaben an das bestehende Reichs- eisenbahnamt.

Auf den Antrag des Abg. v. Kardoff tritt das Haus in eine Diskussion über den Gegenstand ein und zwar bemerkt der genannte Herr Abgeordnete, daß ihn bei seinem Antrage die Absicht geleitet habe, zu zeigen, wie auch er und seine Freunde der Kanalfrage das Interesse entgegenbrächten, welches ihrer außerordentlichen Wichtigkeit gebühre, und daß dieser Anteil sich nicht bloß auf eine Partei (in diesem Fall die Fortschrittspartei) beschränke. Ein Vergleich dessen, was in Deutsch- land dafür geschehen und auch vom Präsid. Delbrück hervorgehoben sei, mit den gewaltigen Anstrengungen und Leistungen in Frankreich, Belgien und England, sei für uns geradezu niederschlagend. Die Beant- wortung der Interpellation erscheine insofern nicht ganz zutreffend, als der Interpellant gar nicht verlanzt habe, daß das Reich seinerseits das Kanalnetz herstelle oder das Projekt dazu entwerfe, sondern nur, daß eine ständige Reichsbehörde für diesen Verkehrszweig geschaffen werde. Die deutsche Industrie habe ein großes Interesse an der Herstellung billiger Transportmittel und die Eisenindustriellen hätten ausdrücklich betont, daß sie der Schutzälle nicht bedürfen würden, sobald ausrei- chende Wasserstraßen vorhanden seien; zu bedauern sei eben, daß diese Schutzälle, welche jetzt den Auslaß für die niedrigen Frachttäge in Belgien und England bilden, aufgehoben werden sollen, bevor noch das notwendige Wasserstraßennetz hergestellt sei.

Abg. Wiggers nimmt den Bestand des Vorredners und die von ihm gegebene Anlehnung der Interpellation dankbar an und hofft, daß nachdem die Idee des Ausbaus des deutschen Kanalnetzes bei dem Präsidenten Delbrück Anklang gefunden, dem Hause bestimmte Vor- schläge von Seiten des Bundesraths werden gemacht werden, die je- denfalls gewichtiger sein werden, als wenn Seitens des Redners ein Antrag gestellt würde. Nach reiflicher Erwägung der Angelegenheit im Reichskanzleramt und Bundesrathe wird eine Einigung des letz- ten jedenfalls leicht zu erreichen sein, da hier die Einzelstaaten kein so großes Interesse an der Erhaltung ihrer Autonomie haben, wie bei den Eisenbahnen. Statistische Mittheilungen über unsere Kanäle sind ohne Zweifel wichtig, aber für die Frage der Minimaldimensionen der Kanäle haben diese Untersuchungen gar keinen Werth. Unsere alten, meist aus der Zeit Friedrichs des Großen stammenden Kanäle sind auf nur 5 Fuß Tiefe berechnet und sind, weil man sich ihrer nicht angenommen hat, auf 3-4 Fuß heruntergegangen. Die französische Enquete-Kommission hat beantragt, daß sämtliche Kanäle Frankreichs auf 2 Meter Tiefe erweitert und dem entsprechend die Schleusen ver- ändert würden, was viele Millionen kosten würde. Ich wünsche, daß man in Deutschland die trübten Erfahrungen, die man auch in Ame- rika in dieser Beziehung gemacht hat, wo man den Erie-Kanal auf längere Zeit hat schließen müssen, beherzigt, und der Widerstand, der namentlich von Seiten des preußischen Handelsministeriums erhoben wird, für die Kanäle mit durchgehendem Verkehr beseitigt wird, daß man nicht auf 3-4 Fuß zurückgeht und die alten Kanäle als Ideal hinstellt.

Damit ist der Gegenstand erledigt und tritt das Haus in die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abände- rung des § 4 des Gesetzes über das Postwesen des deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 ein. An Stelle dieses § 4 sollen 13 neue Artikel treten.

Art. 1 lautet: „Der Eisenbahnbetrieb ist, soweit es die Natur und die Erfordernisse desselben gestatten, in die notwendige Uebereinstim- mung mit den Bedürfnissen des Postdienstes zu bringen. Die Ein- legung besonderer Züge für die Zwecke des Postdienstes kann jedoch von der Postverwaltung nicht beansprucht werden. Bei Meinungs- verschiedenheiten zwischen der Postverwaltung und den Eisenbahn- verwaltungen über die Bedürfnisse des Postdienstes, die Natur und die Erfordernisse der Eisenbahnbetriebes entscheidet, soweit die Post- verwaltung sich bei dem Ausspruche der Landes-Aufsichtsbehörde nicht beruhigt, der Bundesrath, nach Anhörung der Reichs- Post-Verwaltung und des Reichs-Eisenbahn- Amtes.“

Die gesperrten Worte hat die Kommission hinzugefügt.

Der Berichterstatter Abg. Berger berichtet auf einen einlei- tenden Vortrag, zumal der von ihm abgefaßte schriftliche Bericht in Aller Händen ist, und will nur der Mißdeutung entgegenreten, welche die Thätigkeit der Kommission bei Mittheilung des Hauses und in einzelnen öffentlichen Blättern erfahren hat, als wolle sie die Leistungen der Eisenbahnen zu Gunsten der Post wesentlich vermin- dern und diese in ihrer bisherigen Stellung gegenüber den Eisenbahn- en schädigen. Wer den vorliegenden Bericht auch nur einer ober- flächlichen Durchsicht gewürdigt hat, wird finden, daß diese Be- hauptung jedes Grundes entbehrt. Die Kommission war darin einig, daß die bisherigen Leistungen der Eisenbahnen für die Post durch- weg aufrecht zu erhalten seien, sie schlägt nur eine andere Grenze für diese unentgeltlichen Leistungen vor. Man hat den Vorschlag der Kommission als etwas ganz Anomalies und nie früher Dagewesenes hingestellt. Bereits bei Berathung des Postgesetzes im Jahre 1867 ist die damalige Kommission des norddeutschen Reichstages, für die der jetzige Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Michaelis referirte, wesentlich von denselben Anschauungen ausgegangen; es wurde ge- äußert, daß es sich vielleicht mehr empfehle, die Post als eine sichere Kundin der Eisenbahnen, statt als eine Servitutberechtigten auftreten zu lassen. Man sah damals von besonderen Anträgen ab, weil man an- nahm, der Bundesrath werde das Interesse der Eisenbahnen ebenfalls wahrnehmen. Derselbe Anschauung machte sich schon im Jahre 1852 in der preussischen Volksvertretung bei der Berathung des Gesetzes geltend, das als Grundlage für das norddeutsche und deutsche Postge- setz gedient hat. Die damalige Postverwaltung beanspruchte die Auf- rechterhaltung des Postregals aus den nämlichen Gründen, aus denen jetzt die Post ihre bisherigen Ansprüche ebenfalls verteidigt, nämlich mit dem Hinweis auf das Bestehende, auf das historische Recht. Der Antrag des damaligen Finanzraths, jetzigen preussischen Finanzministers Otto Camphausen auf Befreiung des Postregals wurde angenommen. Spennell in Art. 1. sei noch erwähnt, daß sich die Delegirten des Bundesraths mit dem Zusage der Kommission einverstanden erklärt haben.

Der Art. 1 wird darauf angenommen.

Der wichtigste und am meisten bestrittene Artikel des Gesetzes ist der zweite, welcher lautet:

„Mit jedem für den regelmässigen Beförderungsdienst der Bahn bestimmten Zuge ist auf Verlangen der Postverwaltung ein von dieser gestellter Postwagen unentgeltlich zu besteuern. Diese unent- geltliche Beförderung umfaßt: a) die Postsendungen, Zeitungen, Ueber mit Einschluß des ungenutzten Goldes und Silbers. Juwelen und Pretiosen ohne Unterschied des Gewichts, ferner sonstige Post- stücke bis zum Einzelnegewichte von 2 Kilogramm einschließlich, b) die zur Begleitung der Postsendungen, sowie zur Verrichtung des Dienstes unterweges erforderlichen Postbeamten, auch wenn dieselben vom Dienste zurücktreten, c) die Geräthschaften, deren die Postbeamten unterwegs bedürfen.“

Für Poststücke, welche nicht unentgeltlich zu befördern sind, hat die Postverwaltung eine Frachtbegleitung zu zahlen, welche nach der Gesamtmenge der auf der betreffenden Eisenbahn sich bewegenden zahlungspflichtigen Poststücke für den Achskilometer berechnet wird.

Die Mitbeförderung solcher Pakete, welche nicht zu den Brief- und Zeitungspaketen gehören, soll bei Zügen, deren Fahrzeit be- sonders kurz bemessen ist, beschränkt oder ausgeschlossen werden, wenn dies von der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde zur Wahrung der pünk- tlichen und sicheren Beförderung der betreffenden Züge für notwendig erachtet wird.“

Die gesperrten Worte bezeichnen die von der Kommission be- schlossenen Änderungen, namentlich 2 Kilogramm statt 10, wie die Regierungsvorlage als Grenze für die unentgeltliche Beförderung vorschl. Die genaue Bestimmung der Frachtbegleitung in Alinea 2 soll die „angemessene“ Vergütung der Postlage präzisiren. Am Schlusse des Artikels hatte die Vorlage die Beschränkung oder den Ausschluß von Paketen bei Schnellzügen zugelassen, wenn „andere zur Mit- nahme der Pakete geeignete Züge auf der betreffenden Bahn eingerichtet sind.“ Diese letztere Bedingung hat die Kommission ge- strichen.

Von zwei Seiten, von Grumbrecht und von Graf Kleist und v. Winiarode, wird die Wiederherstellung der Vorlage: 10 Kilogramm als Grenze für die unentgeltliche Beförderung, bean- tragt, von Grumbrecht auch die Wiederherstellung der Bedingung am Schlusse des Artikels: „wenn andere u. f. m.“ Im Laufe der Debatte beantragt Parisius 5 Kilogramm als Vermittelung zwi- schen Vorlage und Kommission.

Referent Berger bringt zunächst den Vorschlag zur Sprache, daß bevor noch der Bericht der Kommission verlesen, also abgeschlossen war, bei ihm eines Tages ein Schriftstück ohne Datum und Unter- schrift mit einer Empfehlung des Generalpostmeisters abgegeben wurde, „zur eifrigsten Kenntnisknahme beabsichtigt über die vorliegenden Fakta.“ Eine Mittheilung dieser Art und in dieser Form betrachtet der Referent als eine gegen die Reichsverfassung und die Geschäftsordnung des Hauses verstoßende Anomalie. Die Delegirten des Bundesraths haben nicht Schriftstücke an Kommissionsmitgliedern außerhalb der Kommissionen und ihrer vorgeschriebenen Thätigkeit zu verlesen und muß gegen ein solches Verfahren protestirt werden, damit kein Präjudiz für die Zukunft geschaffen werde. Was in jenem Schriftstück enthalten ist, konnte der Generalpostmeister selbst in der Kommission vorbringen. Der Referent dachte Anfangs daran, es in derselben Weise zu beantworten, aber er befiel sich bald eines Besse- ren und erkannte, daß es unpassend sein würde, vor den Verhandlun- gen im Reichstag auf eine derartige nicht unterzeichnete Anklage einzugehen. Denn die Unterchrift des Generalpostmeisters, der es ihm zur Information zugefickt hat, ist keine in dem Sinne, daß dadurch die Verantwortlichkeit für seinen Inhalt übernom-

men wird. In seinem Interesse muß sogar angenommen werden, daß er das Schriftstück nicht ganz eingehend gelesen hat, sonst würde er eine Stelle darin bemerkt haben, die für den Verkehr zwischen Bevollmächtigten des Bundesraths und Mitgliedern des Hauses nicht ganz paßt. Es ist dort nämlich von einem „eventuellen“ Amendement die Rede, welches in Wirklichkeit bereits in der Kommission erörtert war, nämlich die 10 Kilogramm durch 5 zu ersetzen (ein Amendement, das heute von Parisius wieder aufgenommen worden ist, s. o.). Von demselben wird gesagt, daß es sich „durch die Abwesenheit von Grünenden charakterisire“, und das ist nicht höflich.

Hg. Kieper, der sich selbst als sehr heiser bezeichnet und daher kaum schwer verständlich ist, unterscheidet zwischen der Stellung der Post und den Reichseisenbahnen, den Staatseisenbahnen und den Privatseisenbahnen gegenüber. In der ersten Beziehung sei das Prinzip der Vorlage kein abnormes, in der zweiten handle es sich nicht darum, ein bestehendes Recht zu modifiziren, sondern ein völlig neues Recht zu schaffen, da die Wirkung des Gesetzes von 1867 mit dem 1. Jan. 1876 aufhöre, in der dritten Beziehung seien die Privatseisenbahnen zwar durch ihre Koncessionen zur Tragung der fraglichen Lasten verpflichtet; diese Verpflichtung bestände aber nicht dem Reich, sondern den die Koncessionen ertheilenden Staaten gegenüber, und hätten auch die Einzelstaaten ihr Recht an das Reich abgetreten, so könnte doch, was auf rechtlichem Wege eingeführt worden, auf diesem auch wieder abgeschafft werden. Von einem hergebrachten Rechte könne auch nicht die Rede sein, dazu sei der Bestzustand des Reiches zu jung. Bei der Stellung der Post gegenüber den Staatseisenbahnen sei auch noch in Betracht zu ziehen, daß die Einzelstaaten die Leistungen, die sie unentgeltlich der Post erwieilen, dieser wieder zu vergüten verpflichtet seien. Das günstige finanzielle Ergebnis der Post sei nicht so sehr eine Folge ihrer unangefassten ausgerechneten Verwaltung, sondern der ihr zufließenden Privilegien. Aus diesen Gründen ist Kerner weiter für die Regierung, noch für die Kommissionsvorlage, sondern für eine volle Entschädigung der Eisenbahnen.

Hg. Grumbrecht: Wenn man den Rath des Vorredners befolgen und den Artikel 2 ganz ablehnen wollte, so bliebe eben Alles beim Alten, und die Privatseisenbahnen würden der Vortheile verlustig gehen, welche das vorliegende Gesetz ihnen einräumen will. Ich meine, wir müssen den Bundesstaaten alle Anerkennung dafür angedeihen lassen, daß sie ihre finanziellen Interessen denen des Reichs untergeordnet haben, und wenn auf Grund dessen der Kompromiß, den der Entwurf darstellt, zu Stande gekommen ist, so wäre es unbillig, wenn die Reichsvertretung sagen wollte, wir wollen das Opfer, das die Bundesregierungen uns anbieten, nicht annehmen. Ich hoffe daher, daß meine Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage hier eine günstige Aufnahme finden werden, um so mehr, als es gegenwärtig durchaus nicht gleichgültig ist, ob unsere Reichseinnahmen eine Million mehr oder weniger betragen. Die Erfahrungen, welche Bayern und Württemberg gemacht haben, wo die Post volle Vergütung für die Leistungen der Eisenbahnen zu zahlen hat, sind durchaus nicht einladend. Dazu kommt endlich, daß die Post kein Gewerbe, sondern eine öffentliche, im allgemeinen Verkehrsinteresse geschaffene Einrichtung ist, die daher gegenüber anderen Verkehrseinrichtungen nicht wie eine einfache gewerbliche Unternehmung behandelt werden kann. Die Streichung des Schlusssatzes des Art. 2 der Regierungsvorlage erscheint mir um so ungerechtfertigter, als die Eisenbahnaufsichtsbeförden, nämlich die Landesregierungen, sie gar nicht beansprucht haben.

Hg. Hausmann (W.-Rh.-Land): Selbst auf die Gefahr hin, für einen Anwalt pro domo zu gelten (der Kerner ist Mitglied der Direktion der Potsdam-Magdeburger Bahn) will ich mich bemühen, die Antipathie, welche in der jüngsten Zeit gegen die Eisenbahnen und besonders gegen die Privatbahnen geherrscht hat, ein wenig zu zerstreuen. Die Entschädigungsbefürworter der Eisenbahnen, vorzüglich der preussischen, lehren es, wie unbarbarisch viele heutige Vorurtheile gegen die Privatseisenbahnen sind und daß diese sehr wohl einen Anspruch auf gerechtere Beurtheilung haben. Ihre Entschädigung fällt in eine Zeit, wo die preussische Regierung nicht in der Lage war, Staatseisenbahnen zu bauen, nicht etwa aus Mangel an Kredit, sondern weil sie zu der Aufnahme von Anleihen der Zustimmung der Reichsstände bedurfte, und diese damals nicht erteilten. Da war es denn lediglich die Aufgabe der Privatindustrie, das Land mit den notwendigen Verbindungen zu versehen. Es wäre die Pflicht der Regierung gewesen, wenigstens die Linien zu bezeichnen, deren Bau ihr aus strategischen Rücksichten oder im Verkehrs-Interesse besonders notwendig erschien, allein man überließ so zu sagen Alles dem Zufall, um nachher, als die Bahnen gebaut waren, von allen Seiten über sie herzufallen. Die Bestimmung des Eisenbahngesetzes, wonach die Eisenbahnen die Frachttarife zu ermäßigen haben, sofern ihre Einnahmen mehr als 10 Proz. des Anlagekapitals betragen, ist von H. v. v. Seyd dahin interpretirt worden, daß diese Vorchrift auch für Privatanleihen gilt. Man hat die Eisenbahnen ferner nicht allein zu den Staatssteuern herangezogen, sondern die Gemeinden haben von ihnen die Kommunalsteuern, so weit sie als Zuschläge zu den Staatssteuern aufgebracht wurden, überall erhoben, wo die Bahnen Bahnhöfe oder andere Niederlassungen hatten. Dazu kamen die stets wachsenden Ansprüche an Komfort und Eleganz der Bahnstöße und Waggons, ohne daß man gekümmert hätte, die Fahrpreise entsprechend zu erhöhen. Der Vorbehalt des Einsparungsprinzips ist nur dadurch erreicht worden, daß die hundert durchgehenden Privatbahnen die Garantie für etwaige Ausfälle der hundertfachen Staatseisenbahnen übernahmen. Man liebt es, die Privatbahn-Gesellschaften als eine Gesellschaft von Gründern und Verlegern hinzustellen, welche das Publikum ausbeuten. Meine Herren! Dem ist nicht so. Die deutschen Privatbahnen repräsentiren eine Milliarde Kapital, und es wäre einfach nicht zu verantworten, daß diese leichtsinnig preisgegeben. Dennoch sind die meisten Privatbahnen schon jetzt in pekuniären Verlegenheiten und ihre Einnahmen unter den gewöhnlichen Zinsfuß des Anlagekapitals herabgedrückt. So wird von allen Seiten auf die Bahnen losgehämmert, am schwersten aber empfinden sie gerade den Postkammer, und ich bitte Sie durch Annahme der Kommissionsbeschlüsse dessen Schläge wenigstens einigermaßen zu mildern.

Hg. v. Minnigerode: Man kann mit den Privatbahnen alle Sympathien haben, ohne ein Grund darin zu finden, für die Kommissionsanträge zu stimmen, deren finanzielle Tragweite zuerst in Betracht kommt. In dem Kommissionsbericht kommt der Satz vor, das gegenwärtige Verhältnis von Post und Eisenbahnen entbehre der sittlichen Basis. Es immer eine zweifelhafte Sache von Sittlichkeit bei rein materiellen Dingen zu sprechen, und ich möchte im Gegenlage bei dem Ausspruch des Referenten behaupten, die Vorschläge der Kommission entbehren der finanziellen Basis. Die Einbuße, welche die Post an ihren Einnahmen erleiden würde, ist sehr erheblich und würde kein bloß vorübergehender Anfall sein, er müßte gedeckt werden durch eine Erhöhung des Portos der Kreuzbandendungen oder des Zeitungsdebites. Der erste Ausweg würde den Handel aufs Empfindlichste schädigen, und der zweite kann ebenfalls nicht betreten werden, nachdem die finanziellen Erleichterungen, die den Zeitungen durch Aufhebung der Rationen und des Stempels zu Theil geworden sind, die Kompensation eines strengen Preßgesetzes gewesen. Auf der anderen Seite ist die Entlastung der Eisenbahnen, welche die Beschlüsse der Kommission zur Folge haben würden, eine sehr unsichere und jedenfalls verschwindend klein im Verhältnis zu dem Anfall, den die Reichseinnahmen erleiden. Ich bitte Sie daher, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Bundeskommissar Geh. Rath Dr. Fischer: Als heute vor einem Monat die Vorlage eingebracht wurde, wurde ihr Inhalt dahin charakterisirt, daß es für die Privatbahnen bei den bisherigen Koncessionsbestimmungen belassen werden, für die Staatseisenbahnen aber wesentliche Erleichterungen herbeigeführt werden sollten. Man hegte damals Besorgnisse, daß die vorgeschlagenen Änderungen des bisherigen Provisoriums keine Erleichterungen für die Bahnen seien, ich kann aber zu meiner Freude konstatiren, daß diese Besorgnisse grundlos gewesen sind. Alle Abänderungsanträge zur Regierungsvorlage sind eingebracht worden, nicht weil diese über das bestehende Recht hinausgehen, sondern um eine Verminderung der nach bestehendem Recht zu leistenden Lasten herbeizuführen. Die Antragsteller gingen von prinzipiellen Gründen aus, weil sie die bisherige Entwicklung des Verhält-

nisses zwischen Post- und Eisenbahnverwaltung nicht für eine gerechte und billige hielten. Ich will diese Gründe nicht wiederholen; jedenfalls war es aber der Standpunkt des Gesetzgebers von 1838 als Ersatz für die den Eisenbahnen gewährten großen Privilegien ihnen gewisse Leistungen im Interesse des öffentlichen Verkehrs aufzulegen. Dieser Standpunkt ist bisher immer und auch im preussischen Landtage zu Grunde gelegt worden. Der Bundesrath kann der Herabsetzung des Paketgewichts weder auf zwei noch auf fünf Kilogramm bestimmen, weil er eine solche Bestimmung für den Interessen des öffentlichen Verkehrs zuwiderläufig crachtet. Man sagt nun, man wolle einen Kompromiß schließen zwischen der Post und den Eisenbahnen, aber ein solcher Kompromiß ist bereits in der Vorlage enthalten, die Post verlangt anstatt des ihr bisher zustehenden Rechtes, auf Staatsbahnen Pakete von 20 Kilo frei zu befördern, nur die freie Beförderung von 10 Kilo wiegenden Paketen, sie verzichtet auf ihr bisheriges Recht, mehr als einen Wagen in jeden fahrplanmäßigen Zug einzustellen. Wenn sich ein Bedürfnis nach weiteren Koncessionen bimerklich macht und man die Herabsetzung auf zwei Kilo wünscht, so hat man wohl die Tragweite eines solchen Kompromisses verstanden. Man hat auch vorgeschlagen, nur die Hälfte der Pakete solle frei befördert werden, die andere Hälfte zahlungspflichtig sein. Die Hälfte würde dann allerdings frei befördert werden der Zahl nach, sie würde aber nur ein Siebentel des Gesamtgewichtes repräsentiren, die übrigen 2/7 würde die Post bezahlen müssen, und nach dem Gewicht wird die Bezahlung berechnet. Es ist hier behauptet worden, die Lasten der Eisenbahnen für die Post betrügen ein Prozent der gesamten Dividende. Bei der statischen Thatsache, daß die Aktien und Prioritäten der deutschen Privatbahnen ein Kapital von 3600 Millionen Mark repräsentiren, würden die Leistungen für die Post die Zinsen eines Kapitals von 36 Millionen Mark konsumiren. Ich möchte diese Berechnung des Abg. Hausmann bezweifeln, ein solcher Betrag ist niemals auch nur annähernd erreicht worden. Es ist auch höchst unwahrscheinlich, daß durch die Bezahlung von Seiten der Post eine Erleichterung der Tarife werde herbeigeführt werden. (Sehr richtig!) Das hat auch Abg. Hausmann, der als Vertreter der Privatbahnen aufgetreten ist, nicht gesagt. Wenn das Paketgewicht auf zwei Kilo herabgesetzt wird, so wird dadurch nur für die Staatseisenbahnen eine Erleichterung geschaffen — für die Privatbahnen bleibt es bei den Koncessionsbestimmungen — und man kann dem Abg. Grumbrecht zustimmen, daß man das Interesse der Regierungen bei den Staatseisenbahnen nicht über ihren Wunsch hinaus zu wahren brauche. — Eine Herabsetzung, wie sie der Kommissionsvorschlag verlangt, würde eine Mehrausgabe von 2 Millionen Mark verursachen. Welche Mehrausgabe die Herabsetzung auf 5 Kilo verursachen würde, konnte vom Bundeskommissar bei den Beratungen der Kommission nicht angegeben werden, weil die betreffenden Ermittlungen noch nicht abgeschlossen waren. Das Resultat derselben, ist nachträglich von dem General-Postdirektor mehreren Mitgliedern der Kommission und des hohen Hauses überliefert worden. Wenn der Abg. Berger glaubt, daß durch ein solches Verfahren die Begehungen des Bundesraths zum hohen Hause alterirt würden, so ist diese Besorgnis wohl eine unbegründete. Eine Herabsetzung des Paketgewichts auf fünf Kilogramm würde eine Mehrausgabe von 1,600,000 Mark verursachen. Ich bitte Sie also, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und möchte Ihnen noch mit warmen Worten den Antrag des Abg. Grumbrecht zur Annahme empfehlen, welcher den Schluß des Art. 2 in der Fassung der Regierungsvorlage wiederherstellen will, daß die Beförderung von Paketen im Interesse der pünktlichen Anfuhr in der Fahrzeit kurz bemessener Züge ausgeschlossen werden kann, wenn andere zur Mithahme von Paketen geeignete Züge auf der betreffenden Bahn eingerichtet sind, da diese Bestimmung ein notwendiges Korrektiv bildet zu der in Art. 1 neu aufgenommenen Bestimmung, daß die Einlegung besonderer Züge für die Zwecke des Postdienstes von der Postverwaltung nicht verlangt werden kann. (Schluß folgt.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 2. Dezember.

— Ueber die Stellung der kirchlich liberalen Mitglieder der außerordentlichen Generalsynode zu der neugebildeten (Mittel-) Fraktion wird der „N.“ mitgeteilt, daß der Anschlag derselben, insbesondere von v. Benda, Maqel, Sobrecht, Hirschius an diese Fraktion allerdings stattgefunden hat, aber nicht auf Grund der Annahme eines irgendwie bindenden Programms mit positiven Sätzen beruht. Das Band, welches in dieser Fraktionsbildung die liberalen Mitglieder und die der Mittelpartei zusammenhält, ist das Einverständnis in dem Streben, auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs der Generalsynodalordnung die Verfassung der evangelischen Landeskirche in dieser Sitzung jedenfalls zum Abschluß zu bringen. Die Nachricht, daß der Stadtrath Dr. Tschow aus der neuen Fraktion der Generalsynode ausgeschieden sei, ist demselben Blatte zufolge, nach zuverlässiger Mittheilung unrichtig. Es war dies gar nicht möglich, da er derselben niemals beigetreten ist; auch einer anderen Fraktion hat er sich nicht angeschlossen, da es keine weiter nach links gehende gibt.

Stuttgart, 30. November. Gegen den Reichstagsabgeordneten Kreisverordneter Gaupp hat der württembergische Justizminister von Mittnacht, wie bereits früher hier erwähnt, eine Klage anhängig gemacht. Es handelt sich um einen Brief, welchen Gaupp diesen Sommer an den Minister schrieb und der Inbegriffen und Injurien enthielt. Den Anlaß dazu bot eine Fehde zwischen Gaupp und dem württembergischen Ministerialrath H. H., Mitglied des Bundesraths in Berlin und als Regierungskommissar bei den Verhandlungen der Reichsjustizkommission anwesend. Der von Gaupp im „Schwäbischen Merkur“ wegen einiger Aeußerungen innerhalb der Kommission angegriffene Herr H. H. verteidigte sich im „Staatsanw. für Württemberg“ nicht ohne Groll gegen den Anreifer, worauf dieser Gelegenheit nahm, den Vorgesetzten des Herrn H. H., ohne dessen Erlaubnis, wie er behauptete, H. H. die öffentliche Rede nicht hätte führen dürfen, brieflich verantwortlich zu machen. Nach der Reichsverfassung, Art. 31, darf kein Mitglied des Reichstages während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohenen Handlung zur Untersuchung gezogen werden, außer mit Genehmigung des Reichstages. Diese soll daher zunächst eingeholt werden, um so mehr, als der Angeklagte Mitglied der Reichsjustizkommission ist und das Abwarten der Beendigung der Reichstagsession insofern keine Folge hätte, als Gaupp auch nachher noch durch seine Kommissionsthätigkeit in Berlin vergindert wäre, abzuwarten.

Paris, 29. Novbr. Der Erfolg, den Cassagnac's Redo bei der Regierung gehabt, steht jetzt ziemlich fest; alle Privatvereinigungen zu politischen Zwecken werden auf Grund des Belagerungsstandes übermachtet und verboten. Der praktische Erfolg davon ist, daß zur Strafe für die Demonstration der Bonapartisten die Republikaner sich demnächst nicht werden versammeln dürfen. Sie sind die Aeltern des Herrn Buffet, welche die Schläge bekommen, wenn irgend Jemand gefährdet hat. — In Montpellier hat vor Kurzem ein Professor der Medizin einige scharf darwinistische Phrasen ausgesprochen. Die Alerikalen haben im „Univers“ ein großes Geschrei darüber gemacht, und die gekristete Nummer des Blattes bringt an ihrer Spitze einen Brief des Bischofs von Montpellier, worin dieser Prälat in den tadelnswürdigen Ausdrücken erklärt, der Professor habe wirklich die ihm zugeschriebenen Worte gesprochen, und er, der Bischof, habe die Sache beim Unterrichts-Minister zur Anzeige gebracht. „Ce. Exzellenz wird nicht

verfehlen, eine Untersuchung anzustellen.“ Damit ist also der Alerus offiziell als Organ der Verwahrung für Mediziner von mangelhafter Orthodorie insallirt! Ca marche!

Madrid, 28. Novbr. König Alfons ist gestern 18 Jahre alt geworden. Zur Feier dieses Tages war im königlichen Schlosse großer Empfang und Abends ein Banket, zu welchem auch das diplomatische Corps geladen war. 1655 Männer von Namen erschienen, um ihre Glückwünsche darzubringen, unter ihnen auch Serrano, Sagasta, Beranger und mehrere Generale aus der republikanischen Zeit. Die Kaiser von Rußland und Oesterreich, die Könige von Belgien und Portugal, auch Espartero und Cabrera hatten ihre Glückwünsche brieflich oder telegraphisch gesandt.

Lokales und Provinzielles.

Bosen, 3. Dezember.

— Nähmaschinen für Lehrerfamilien. Die hiesige Regierung (zweite Abteilung) hat eine sehr idyllische Maßregel beschloffen. Im Interesse der Lehrer des hiesigen Regierungsbezirks beabsichtigt sie, sich mit anerkannt renommirten Firmen in Verbindung zu setzen, um Maschinenlieferungen von Nähmaschinen billig zu beziehen und diese an Lehrer zu verkaufen, welche den Kaufpreis entweder sofort nach der Empfangnahme oder in monatlichen, bezw. vierteljährlichen Raten zu entrichten haben. Im ersten Falle würde sich die Maschine um mehrere Thaler billiger stellen. Die Schulinspektoren werden deshalb beauftragt, bei den Lehrern schleunigst anzufragen, wer auf diesem Wege eine Maschine zu erwerben wünscht, ob eine Treilmachine oder eine Handmaschine, ob nach dem System Wheeler-Wilson oder dem Singer'schen System. Der Preis dürfte zwischen 26 und 28 Thaler betragen incl. Fracht- und Transportkosten bis zur nächsten Eisenbahnstation des Bestellers. Die Regierung will eine dreijährige Garantie für die Brauchbarkeit der Maschine, sowie ferner zur Bedienung derselben, daß in den Kreisstädten des Bezirks Instruktoren der betreffenden Fabriken unentgeltlichen Unterricht in der Benutzung der Maschine ertheilen.

S. Frankfurt, 1. Dezember. [Das Katharinenfest des ehrbaren Maurers- und Zimmerergewerks.] Katharina ist vorüber. Dieser Tag spielt in unserer Gegend eine bedeutende Rolle, weil er für das ehrbare Maurer- und Zimmerergewerk ein großer Festtag ist. Von Tag und Fein eilen alle dieser Kunst Angehörigen, den allerböhmischen Brauch aufrechterhaltend, in unsere Stadt, um in lustigster und bester Weise sich für die heißen Sommerstage, in welchen die tropische Hitze bisweilen viele Schweißtropfen forderte, zu entschädigen. Und in der That ist diese Entschädigung am Katharinenfest eine große. Zu Hunderten finden sich die Maurer und Zimmerer, ein Jeder seiner Kunst anhängend, hier ein, und schon Nachmittags 3 Uhr beginnt das Fest, jede Kunst in einem besondern Lokale. Das Fest der Zimmerer ist der geringe Kunstmitglieder wegen nicht so großartig wie das der Maurer. Noch ehe das Fest beginnt, sind sämtliche Lokale überfüllt, und die ausschließlich über das ehrbare Maurerhandwerk gepflogenen Debatten verleben den Sprechern einen sehr hohen Grad von Enthusiasmus, daß es einem jezt Uebrigeweihen unmöglich wird, auch nur kurze Zeit unter den Festgenossen zu weilen. Es schlägt 3 Uhr und ein langanhaltendes Plärrt ertönt. Die gelächelten Zungen werden schwächer, bis sie allmählig verstummen. Am Eingange der Thür erblickt man eine runde, sehr behäbige, dem ehrbaren Maurerhandwerk Ehre machende Gestalt. „Der Altseile kommt!“ Dieser begrüßt sich mit ehrwürdiger Miene, begleitet von einigen Hundert Grüßen, nach dem Tisch, auf welchem sich die „Bundeslade“ befindet. Diefelbe wird geöffnet und genau nachgesehen, ob auch Alles noch in Ordnung ist. Alsdann tritt eine ansehnliche Schaar junger Burschen mit langschäftigen Stiefeln und weißen Vorhemden vor, freudigen Herzens den Ritter-schlag erwartend. Dies geschieht unter den üblichen Zeremonien des Altseiles. Nachdem der Alt vorüber, glauben die jungen Gesellen einen großen Schritt ins Leben gethan zu haben. Sie fühlen sich wie von Banden befreit, die erste Zigarre wird angezündet und mit großer Sehnlichkeit der erste Tanz erwartet. Während all' dieser Vorgänge hat sich ein Rauschhor eingeklinkt und auch die Damen des Balles eilen von Tag und Fein herbei. Mutter und Tochter, angethan mit einem feierlichen Gewande, lassen sich bilden, die Musik ertönt und heißt geht los. Aber auch dem Großmutterchen in ihrem Kämmerlein wird an diesem Tage unbehaglich. Warum soll diese allein das Haus hüten? Der Gedanke an das so oft gesessene Fest belebt sie von Neuem, das Herz schlägt schneller —, auch sie will noch einen Walzer riskiren. Schnell ergreift sie den Sonntagstaat, eine große Kragehaube mit langer rother Schleife verdeckt das ergraute Haar und — ehe man sich's versteht, ist sie im Tanzsaal angelangt; und wie wohl sich Großmutterchen nach dem ersten langsamem Walzer fühlte, konnte man auf ihrem Gesichte lesen. — Die ganze Nacht hindurch wird gegessen, getrunken und getanzt. Auch werden die Festgenossen des Abends durch die Meister beehrt, welche ab und zu ein Täncchen nicht scheuen, vornehmlich aber mit dem Vertilgungsprozeß diverser Flaschen Wein beginnen. Kurzum der Zabel und Trübel ist unbeschreiblich.

Wilhelmsee bei Dombrowa (Kreis Mogilno), 30. November. [Interessante Naturerscheinung.] Heute Morgens 9 Uhr beobachtete ich, so schreibt man der „N. A. B.“, einen Sonnen-Regenbogen, so schön, wie ich denselben in meinem Leben, trotz 50 Jahren, noch nie gesehen. Es war eine Stunde zwölf Minuten nach Sonnenaufgang, als ich im Morgen einen sehr hellen gelblichen, sehr intensiven Schein aus der Stube bemerkte, darauf sofort auf meinen Hof ins Freie trat und nun, rechts und links und gerade über die Sonne, hell erleuchtete Punkte, wie Nebensonnen, bemerken konnte, die in gerade, hell gelblich leuchtende Linien auslaufen schienen. Bei längerem Sehen und durch Vorhalten der Hände, wodurch die Sonne verdeckt wurde, sah ich nun deutlich den schon gewöhnlichen Bogen rund um die Sonne, von den drei besonders strahlenden Punkten auslaufend und die Form eines Regenbogens bildend. Unter der Sonne im Osten dunkel, viel Schnee verheißendes Gewölke, sonst aber der Himmel ganz klar!

Aus dem Gerichtssaal.

Meseritz, 1. Dezember. [Schwurgerichtsverhandlung wider den früheren Rittergutsbesitzer Adolph Wollmann und dessen Sohn Kasimir Bertram Wollmann wegen Mordes. Dritter Tag.] Die Tribünen sind, wie stets, von einem eleganten Damenpublikum schon vor 9 Uhr Morgens gefüllt. Die Aussage des Leutnants v. Thiele, der sich in Montreux aufhält, woselbst er kommissarisch vernommen ist, wird verlesen. Sie lautet: „Im März 1874 lernte ich Wollmann und Sohn und den Major Neumann kennen, fuhr mit ihnen nach Waige und kaufte am 6. April Waige. Ich reiste, als ich von der Krankheit Neumanns hörte, nach Waige, kam aber erst nach dessen Tode daselbst an, wohnte jedoch der Beilegung der Leiche bei. Die Bekanntschaft Wollmanns und Sohn wie Neumanns machte ich beim sogenannten schweren Wagener in Berlin in der Behrenstraße. Am 14. oder 15. April 1875 kam ich zuerst mit Wollmann Vater in meines Vaters Gegenwart zusammen. Neumann hatte bereits früher einen Schlaganfall gehabt, er war stets in gedrückter Stimmung, als wenn er schwere Sorgen hätte; ich glaube, wenn er vergiftet worden, hat er dies aus Versehen selbst oder mit Absicht gethan. Die Briefe Neumanns an dessen Maitresse verlangte ich im Namen Wollmanns von derselben.“

Der Verttheidiger Rechtsanw. Aegmy verlangt die Verlesung einer Auskunft des kgl. Kriegsministeriums, aus welcher hervorgeht, daß Neumann schon früher an Konfusionen nach dem Koyse gelitten und durch eine Verwundung an der rechten Schulter durch einen Granatsplitter öfter von großen Schmerzen gequält gewesen sei; er wurde

Paris, 2. December, Nachmittags. (Probuftenmarkt.) (Schluß-
richt.) Weizen unb., pr. December 27, 00, pr. Januar-Februar
27, 50, pr. Januar-April 28, 00, pr. März-Juni 29, 25. Wehl ruh.,
et. December 58, 75, pr. Januar-Februar 59, 25, pr. Januar-April
61, 50, pr. März-Juni 62, 75. Rüböl rubig, auf Lieferung un-
käuflich, pr. December 113, 50 pr. Januar 108, 50, pr. Januar-April
104, 50, pr. Mai-August 98, 00. Spiritus matt, pr. December 43, 75,
pr. Mai-August 43, 25.

* **Berlin**, 30. November. [Verschiedenes.] Ein hiesiger Fuhrherr hatte seine Einnahmen in russischen Boden-Kreditbriefen und zwar im Betrage von ca. 7000 Rbl. angelegt und sie dem hiesigen Banquier Hoffmann mit dem Auftrage übergeben, die Papiere zu verkaufen und sobald der Cours gesunken, solche wieder zu kaufen. Der Verkauf der Papiere wurde Seitens des Banquiers nicht effectuirt, derselbe hatte jedoch das Geschäft nicht zu Gunsten des Auftraggebers abgewidelt, sondern die ganze Summe zu seinem eigenen Nutzen verwendet. Als der Fuhrherr auf die Rückgabe seines Kapitals bestand, stellte sich heraus, daß der Banquier vollständig zahlungsunfähig geworden war, weshalb am Sonntag seine Verhaftung erfolgte. Es liegen außer diesem Falle noch mehrere vor. — Ein Mißthätlicher stand am Sonnabend in der Person des Fuhrmanns Behrend aus Buxtehude vor der Kriminal-Deputation des Kreisgerichts, um sich auf eine Anklage wegen wiederholten Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte hatte täglich die von den

Brüssel, 2. Dezember. Die Deputirtenkammer hat heute die Beratung des Etats für das Ministerium des Auswärtigen zu Ende geführt und den Etat genehmigt. Von dem Deputirten Dedecker wurde dabei die vor einiger Zeit in der Schelde erfolgte Wegnahme eines dänischen Handels-Fahrzeuges durch ein holländisches Kriegsschiff mit dem Bemerkten zur Sprache gebracht, daß dieser Fall die Rechte Belgiens in hohem Maße berühre. Der Minister des Auswärtigen erklärte indeß, jener Zwischenfall sei nach verschiedenen Richtungen

